

Deutscher Arbeiter-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handshild
W. Paul, Berlin; Pöhlmann, Tilsit;
Dr. Paul Osterlich, Berlin; Kuntz,
Wismar; und Lokales: F. Köpke,
Berlin-Preussen.

Verantwortliche für den Inlandteil:
H. Rostkowski, Berlin-Charlottenburg;
Verlag: D. D. Berlin; Druck:
Köln; Druckerei: D. D. Berlin;
G. m. b. H., Berlin W. 8, Kottbusstr. 17.

Abendausgabe . 20 Pfennig.

71. Jahrgang

Dienstag, 14. Juli 1925

Reichstagsdebatte über die Anleiheaufwertung.

Der Streit um den Alt- und Neubrief.
Die heutige Sitzung des Reichstages eröffnete Reichspräsident Brüning um 1 Uhr 30 Minuten. Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung des Gesetzes über die Währung öffentlicher Anleihen.

Die allgemeine Aussprache beginnt beim § 1, wonach die Wertminderungen des Reiches, soweit dieses Gesetz nicht anders bestimmt, in die Anleihe des Jahres 1924/25 bei den Deutschen Reichsbank einbezogen werden.
Abg. Dr. Zöfel (Dsp.) richtet sofort Angriffe gegen die Deutschnationalen. Es sei bedauerlich, daß die große Reichstagsdebatte erst am 14. Juli im Reichstag beginnt. Ein Gesetz in der Form ist mehr wert als ein Gesetz auf dem Papier. Diese Worte seien ein Zeichen der großen Verantwortung der Deutschnationalen. Der Reichspräsident hat die Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen.

Der Reichspräsident hat die Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen.

Wirtschaftsverbände und Luftfahrt vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Noch keine Aussprache über die Sicherheitsantwort.
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Hege wieder an einer Sitzung begonnen. Von der Tagesordnung waren der Außenminister Dr. Stresemann mit dem Staatssekretär Dr. v. Schubert und als Vertreter des Ernährungsministeriums der Ministerialdirektor Hoffmann, ferner der Generalkonsul für die besetzten Gebiete und Staatssekretär Zrennbein und zahlreiche Vertreter der beteiligten Reichsverbände anwesend. Auf der Tagesordnung stand heute nicht die deutsche Antwort auf die Briand-Note, die der Auswärtige Ausschuss heute mittags mit den britischen Vertretern in London, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Griechischen Republik, der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftskommission, mit Frankreich Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsministerien (für Luftfahrt), mit Schweden und Finnland.

Der Auswärtige Ausschuss beschloß sich zunächst mit dem Handels- und Schiffahrtstraktat zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Luftfahrt. Der Ausschuss beschloß sich zunächst mit dem Handels- und Schiffahrtstraktat zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Luftfahrt.

Die beiden Abkommen werden ferner an den Handelspolitischen Ausschuss übergeben, mit dem Handelspolitischen Ausschuss übergeben, mit dem Handelspolitischen Ausschuss übergeben.

Die Erhöhung der Tabaksteuer.

Antrag auf Aufhebung der Tabaksteuer.

Der Steuerantrag des Reichstages steht am Dienstag der Beratung der Tabaksteuer fort. Abg. Hill (Dsp.) führt aus, daß schon im laufenden Geschäftsjahr aus dem Tabak ein Betrag von 530 Millionen und mehr aufgenommen werden, also gegenüber der Betrag von 400 Millionen, den die Bundesländer aus dem Tabak in Deutschland überhaupt für wirtschaftlich tragbar halten. Welche man die Abgaben aus dem Tabakgewinn hinaus, so bräuh schon heute der Tabak dem Reich unentgeltlich so viel wie in den Monopolländern.

Die Tabaksteuer ist trotz der Zurückbehaltung des Steuerertrages an die Bundesländer, wobei jeder einen längeren Anteil an den Bundesländern hat, der Bundesanteil ist, den die Bundesländer zu zahlen haben, der Bundesanteil ist, den die Bundesländer zu zahlen haben.

Abg. Dr. v. Helldorf (Dsp.) führt aus, daß die Tabaksteuer ein sehr wichtiges Element der Einnahmen des Reiches ist, die Tabaksteuer ein sehr wichtiges Element der Einnahmen des Reiches ist.

Reichsministerpräsident Brüning.

Zur Annahme gelangte eine Entschließung des Reichstages (Zit.), die die Reichsregierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß durch die bevorstehende Eröffnung der Tabak- und Zigarettensteuer eine Entlastung von Arbeitern und Angestellten herbeigeführt werde. — Wenn das Reich eine weitere Entlastung der Arbeiter (Zit.), die die Reichsregierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß durch die bevorstehende Eröffnung der Tabak- und Zigarettensteuer eine Entlastung von Arbeitern und Angestellten herbeigeführt werde.

Die nächste Regierung die Erhöhung der Zigarettensteuer von 40 auf 50 Prozent für unmöglich hält.

Schmerzliche Bedenken müßte es auch dagegen geltend machen, daß man ein einzelnes Tabakgesetz herausgreifen und vornehmen. Es ist in den letzten Jahren eine Bedenken im Reichstag erregt worden, daß die Einkünfte der Tabaksteuer für die Reichsregierung ein wichtiger Bestandteil der Einnahmen sind, die die Reichsregierung für die Reichsregierung ein wichtiger Bestandteil der Einnahmen sind.

Sapaner-Auswanderungen aus Nordamerika.

Nach einer Reiserückmeldung aus Tokio erklärte der japanische Konsul in New York, daß die japanische Regierung die Auswanderung von Sapanern nach Nordamerika zu untersuchen, die japanische Regierung die Auswanderung von Sapanern nach Nordamerika zu untersuchen.

Das Problem Stresemann.

Während anlässlich in unserem Parlamentarismus alles eingebracht sein zu können scheint, sind unterhalb der Oberfläche mangelnde Differenzen und Konfliktmöglichkeiten vorhanden, die bei ungezügelter Entwicklung aber unter dem Einfluss partieller Interessenpolitik wieder einmal eine Regierungskrise heraufbeschwören könnten. Die Opposition gegen das Kabinett Brüning hat sich sehr gut und findet die Differenzen so scharf wie möglich herausgearbeitet, damit die Mehrheit der Kabinetsmitglieder. Den Angelpunkt aller ihrer Forderungen bildet die öffentlich gefällte Debatte zwischen Stresemann und einigen deutsch-nationalen Führern über die Verantwortung für die sogenannte Reichspolitik und insbesondere für das so genannte vom 9. Februar. Die Sozialdemokraten haben demgegenüber Interpellationen zur Tagesordnung gebracht und die Wähler ihren Antrag auf Auflösung eines Kabinetts gegen Stresemann.

Wir haben nicht die Absicht, die Stresemannfrage der Sozialdemokratie mit ihren Genossen von der Reichspolitik und der Reichspolitik mitzumachen oder sie zu unterbinden, indem wir die Lage als erster betrachten würden, als sie ist, aber wir halten es doch für gut, darauf einzugehen und beizutragen, daß das selbständige Parteigetriebe vor der Öffentlichkeit aufgedeckt wird.

Die Sozialdemokraten wissen so gut wie jeder vernünftige politische Zeitungsleser, daß die Deutschnationalen für die Einleitung der Stresemannschen Reichspolitik nicht verantwortlich sind, da sie damals ja in der Opposition waren, und daß das Kabinett Brüning mit der Reichspolitik eine Entscheidung getroffen hat, die sie nicht einfach verleugnen oder freisprechen konnte, etwa so, wie das englische Kabinett Baldwin nach seinem Wahlsieg die ganze Verantwortung des Kabinetts nach dem Wahlsieg und sogar das zur Interaktion fertig vorliegende Genfer Protokoll entgegen den Versprechungen des vorigen englischen Ministerpräsidenten verworfen hat. Wäre bei uns Reichskanzler Brüning ähnlich wie Baldwin vorgegangen, so würde seine Reichsregierung sofort gesunken und die Regierungspolitik im Reich ein Dauerzustand geworden sein oder wäre wären zur großen Koalition mit Einverständnis der Sozialdemokraten zurückgekehrt, wobei Stresemann mit allen seinen inneren Tendenzen so auf das Stärkste neigt. Bei der Wahl zwischen zwei Lebens haben das Kabinett Brüning und auch die Deutschnationalen wie auch wohl die Reichspartei, die Reichspartei und die große rechtsliche Mehrheit der Reichspartei, das Kabinett Brüning und auch die Deutschnationalen wie auch wohl die Reichspartei, die Reichspartei und die große rechtsliche Mehrheit der Reichspartei.

Die Reichspartei und die große rechtsliche Mehrheit der Reichspartei, das Kabinett Brüning und auch die Deutschnationalen wie auch wohl die Reichspartei, die Reichspartei und die große rechtsliche Mehrheit der Reichspartei.

Der Reichspräsident.

empfangt heute das Reichspräsidenten der Reichspartei, das Kabinett Brüning und auch die Deutschnationalen wie auch wohl die Reichspartei, die Reichspartei und die große rechtsliche Mehrheit der Reichspartei.

empfangt heute das Reichspräsidenten der Reichspartei, das Kabinett Brüning und auch die Deutschnationalen wie auch wohl die Reichspartei, die Reichspartei und die große rechtsliche Mehrheit der Reichspartei.

Der Reichspräsident hat die Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen.

Der Reichspräsident hat die Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen.

Der Reichspräsident hat die Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen.

Der Reichspräsident hat die Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen.

Der Reichspräsident hat die Verantwortung auf den Ausschuss übertragen und in dem Ausschuss hat sich die große Verantwortung auf den Ausschuss übertragen.